Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Peter Hanisch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gaaske, Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland), Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler, Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader, Mode und Frau: Liselott Alverdes, Franke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Sozialpolitik: Dipl. Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Daneck, Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rauls, Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann, Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Höcherls Plan

Respekt wird in diesen Tagen Bundesernährungsminister Höcherl zuteil. Spätestens mit seiner Rede zum Grünen Bericht 1969 im Bundestag hat er bewiesen, daß er ein Gegner schöner Worte ist; das er den festen Willen hat, Agrarpolitik nicht mit leichter Hand zu betreiben.

Der Grüne Bericht, den er in diesem Jahr vorgelegt hat, unterscheidet sich so sehr von seinen Vorgängern, daß man ihm einen neuen Namen geben möchte. Hier wird nicht nur berichtet. Hier wird zwar gesagt, was war und was ist, denn das ist die eigentliche Aufgabe, die der jährlichen Übersicht über diesen Wirtschaftszweig zugrundelegt. Aber es wird zugleich und in vorbildlicher Weise dargelegt, was sein muß, wenn die Landwirtschaft lebensfähig bleiben soll, besser, wenn sie lebensfähig gemacht werden soll.

Der Bericht ist nicht gerade kurz. Aber er ist zu seinem Vorteil wesentlich kürzer ausgefallen als die früheren Untersuchungen dieser Art. Er ist nicht von allem Rankenwerk befreit; aber er setzt deutlichere Akzente als die vorangegangenen Bestandsaufnahmen der Landwirtschaft. Er ist nicht gerade eine spannende Lektüre, vor allem nicht für den, den die Landwirtschaft „als solche" nicht sonderlich interessiert. Aber er vermag doch zu fesseln wegen der ihm innewohnenden Rationalität.

Zum ersten Mal wird Agrarpolitik vorbehaltlos als Teil der Wirtschaftspolitik verstanden und es wird kundgetan, daß das Agrarprogramm der Bundesregierung, das vor einiger Zeit verabschiedet wurde, mehr ist als ein auf den Tag oder die Situation bezogenes Papier: nämlich Richtschnur (und im Hinblick auf den Mansholt-Plan alleinige Richtschnur) für die Zukunft.

Die weiteren Kernsätze: Die bisherige Globalsteuerung als Instrument der Wirtschaftspolitik muß vor allem in den ländlichen Problemgebieten durch Verstärkung der bisherigen Regional- und Raumordnungs-Maßnahmen wirksamer gestaltet werden. Die Voraussetzung für den Strukturwandel ist die Schaffung einer ausreichenden Zahl außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze. Die Markt-, Preis-, Struktur-, Sozial- und Bildungspolitik müssen als Mittel zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft ständig neu aufeinander abgestimmt werden.

Soziale Härten sind bei dem Anpassungsprozeß, der nicht einen Augenblick lang in Frage gestellt wird, durch gezielte Hilfen zu mildern. Weiter: Aufgabe der Strukturpolitik ist vor allem die Mobilisierung der Produktionsfaktoren Boden und Arbeit. Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Mitteln an Einzelbetriebe wird zukünftig mehr als bisher eine ausreichende berufliche Qualifikation sein.

Eine moderne Landwirtschaft setzt Betriebs- und Unternehmensformen voraus, die unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der überbetrieblichen Zusammenarbeit in Erzeugung und Vermarktung einen rationellen Einsatz der Produktionsfaktoren garantieren. Grundsatz aller Maßnahmen der Agrarpolitik sind nach wie vor die Freiheit der Entscheidung des einzelnen und die Garantie des Privateigentums.

Das ist nicht Träumerei. Das ist Bekenntnis und Zielprojektion zugleich. Der Grüne Bericht 1969 bringt nicht Steine statt Brot. Er vermittelt Einsichten: den Bauern, den Politikern und der Gesellschaft. Es ist zu hoffen, daß das Parlament bei der demnächst stattfindenden Debatte den Geist des Berichts würdigt. Gute Voraussetzungen sind gegeben, zumal der Bauernverband auf Höcherls Rück- und Ausblick nicht gerade unfreundlich reagiert hat. fff.

Bannmeile um Gerichte?

Höchststrafen wegen Ungebühr sollen erhöht werden

Von unserem Redaktionsmitglied
Ehrhardt Frick

Anhänger der studentischen Linken und der Außerparlamentarischen Opposition, die in Zukunft etwa in deutschen Gerichtssälen als Angeklagte oder als Zuhörer planen sollten, Studenten-Prozesse in eine Art „Rüpel-in" umzufunktionieren, gehen härteren Zeiten entgegen. Dem Bundestag liegt jetzt ein Gesetzentwurf der CDU vor, der eine drastische Erhöhung der Ordnungsstrafen wegen Ungebühr vor Gericht vorsieht.

Die bisherigen Höchststrafen sollen von drei Tagen Haft und 1000 DM Geldstrafe (Paragraph 278, Gerichtsverfassungsgesetz) auf sechs Wochen und 10 000 DM angehoben werden. Allerdings nur bei sogenannten Kollegialgerichten, das heißt bei Schöffen-, Land- und Oberlandes- bzw. Kammergerichten. Wer die Verhandlung eines Einzelrichters stört, soll mit einer Höchststrafe von einer Woche Haft oder 1000 DM Geldstrafe belegt werden.

Über dieses neue heiße Eisen (nach der Vorbeugungshaft) gibt es bei Richtern und Staatsanwälten, die über angeklagte Studenten zu Gericht sitzen müssen, jedoch recht unterschiedliche Meinungen.

Einer der vielen APO-Steine, die den Gesetzentwurf der CDU ins parlamentarische Rollen brachten, war der singende Striptease acht junger Studentinnen vor einem Hamburger Amtsgericht. Die außerparlamentarischen Damen waren seinerzeit, wie berichtet, plötzlich auf die Zuhörerbänke gesprungen, hatten sich Blusen und Pullover vom Leib gerissen und revolutionär abgewandelte Songs von Bertold Brecht gesungen.

Die barbusigen Bräute der Revolution hatten sich Zahnbürsten in ihre Handtäschchen gesteckt, weil sie mit einer Haftstrafe wegen Ungebühr vor Gericht von ein bis drei Tagen rechnen mußten. Doch sie blieben ungeschoren. Bei einer möglichen Haftstrafe von sechs Wochen, sagten sich die Herren von der CDU, hätten diese Damen sicher ihre Zahnbürste zu Hause und ihre Pullover angelassen.

Hamburgs Richter und Staatsanwälte in Studenten-Prozessen sind wenig glücklich über diesen neuen Gesetzentwurf, der ihre Würde schützen soll. Amtsgerichtsrat Schmidt: „Die drastische Erhöhung der Ordnungsstrafen stellt einen außerordentlichen Eingriff in die Lebenssphäre des betreffenden Störenfrieds dar. Sechs Wochen Haft kann bedeuten, daß dem Verurteilten unter Umständen das Semester nicht angerechnet wird. Ist das zu verantworten?" Die eigentliche Problematik bei Ordnungsstrafen, die in diesen Prozessen immer aus einer gewissen Spannungssituation entstünden, sei aber, daß der Beleidigte hier auf der Stelle zum Richter würde. Könne ein Beleidigter beurteilen, wie tief er beleidigt worden sei?

Viele Richter sind der Meinung, man solle bei Studentenprozessen mehr von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machen, in Abwesenheit des Angeklagten zu verhandeln. In Abwesenheit kann verhandelt werden, wenn keine höheren Strafen als sechs Wochen Haft, Geldstrafen oder der Ausspruch beispielsweise eines Fahrverbots zu erwarten sind. (Oder wenn der Angeklagte vor dem Urteilsspruch aus dem Saal rennt.)

Oberstaatsanwalt Dose, Leiter der Staatsschutzabteilung, die sich fast ausschließlich mit Studentenverfahren beschäftigt, hält eine Erhöhung der Ordnungsstrafen auf vier Wochen (als Höchststrafe) für angemessen. Das entspricht nach seiner Meinung einem Freiheitsentzug, der keine Kriminalstrafe ist, vergleichbar etwa dem Jugendarrest, der keine Strafe, sondern (wie es im Gesetz heißt) ein „Zuchtmittel" ist und auch nur bis zu vier Wochen ausgesprochen werden darf. Eine Woche Haft als Höchststrafe wegen Ungebühr vor Gericht bietet nach Auffassung der meisten Staatsanwälte dieser Abteilung keine Möglichkeit zur ausreichenden Differenzierung. Zumal, wenn es sich um Störungen mit kriminellem Einschlag handelt wie Beleidigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung, wo neben der Ordnungsstrafe ja auch noch ein Strafverfahren folgt.

Bis jetzt dürfen nur Richter Ordnungsstrafen verhängen, Staatsanwälte haben kein Antragsrecht. Oberstaatsanwalt Dose: „Es wäre im Interesse aller besser, wenn auch die Staatsanwaltschaft durch Gesetz am Ordnungsstrafverfahren beteiligt würde. Dann hätten auch wir ein Beschwerderecht, wenn ein Richter einmal seine verletzte Würde zu hoch oder zu tief ahndete."

Aus dem bayrischen Justizministerium kam dieser Tage der Vorschlag: Zieht doch eine Bannmeile um die Gerichte und schafft einen besonderen Straftatbestand zum Schutz der Justiz in Studenten-Prozessen. Dazu Oberstaatsanwalt Dose: „Um Gottes willen, nur nicht das! Wir in Hamburg hier sind ja schon froh, daß die Bannmeile um das Rathaus endlich vom Gesetzgeber enger gezogen worden ist. Und nun gar um die Gerichte: Wir ertränken ja in einem Rattenschwanz von Prozessen!"

Diese Studentinnen demonstrierten barbusig im Gerichtssaal

„Ich tat es für mein Land"

Sirhan vor Gericht

Deutsche Presse-Agentur

Los Angeles, 14. Februar

Der Kennedy-Mörder Sirhan Sirhan steht heute vor seinen Richtern, dem Schwurgericht von Los Angeles. Alle Versuche seiner Verteidiger, noch in letzter Minute einen Aufschub der Verhandlung zu erreichen, scheiterten. Das Schwurgericht beschloß, sofort in die Beweisaufnahme einzutreten.

Während der gebürtige Jordanier Sirhan äußerlich unbewegt zuhörte, hielt der Chefankläger, Staatsanwalt David N. Fitts, seine große Anklagerede. Leise und leidenschaftslos schilderte der Staatsanwalt noch einmal minuziös, was am 5. Juni 1968 in der Küche des Ambassador-Hotels in Los Angeles geschah.

„Ich tat es für mein Land", soll der 24jährige Mörder wenige Sekunden nach seinem Revolver-Attentat auf Senator Robert Kennedy gesagt haben. Der Ankläger berief sich dabei auf die Zeugenaussage des Chefs der Demokratischen Partei von Kalifornien, Jesse Unruh. Unruh fragte Sirhan später dann noch, als der Mörder überwältigt worden war und in Handschellen gefesselt von Polizisten abgeführt wurde: „Warum haben Sie denn Bob Kennedy erschossen? Der wollte doch uns allen helfen." Darauf habe der Araber mit leiser Stimme immer wieder geflüstert: „Es ist zu spät, nun ist es zu spät."

Sirhan vor Gericht

Staatsanwalt Fitts schilderte dann die Vorgeschichte: Am 7. Februar 1968 kaufte Sirhan die Waffe, aus der er die tödlichen Schüsse auf Kennedy abfeuerte. Am 1. Juni kaufte er sich die Munition. Am 3. Juni schoß er auf einem Schießstand die Waffe ein. Auf die Frage eines Mannes, was er mit dem Revolver tun wolle, habe der Mörder geantwortet: „Einen Hund erschießen."

Der Staatsanwalt ließ in seiner Anklagerede keinen Raum für Spekulationen über eine Verschwörung. Fitts: „Für diese Tragödie ist der Angeklagte allein verantwortlich. Sirhan tat es allein. Er handelte nicht mit irgend jemandem zusammen."

Bruder und Mutter des Kennedy-Mörders

7,1 Prozent Lohnerhöhung in der Druckindustrie

Deutsche Presse-Agentur

Düsseldorf, 14. Februar

Um 7,1 Prozent werden die Tariflöhne der rund 170 000 gewerblichen Arbeitnehmer der Druckindustrie vom 1. Februar an erhöht. Darauf einigten sich heute morgen nach 17stündigen Schlichtungsverhandlungen die Tarifpartner, nachdem sie bereits gestern, wie berichtet die Manteltarifverhandlungen erfolgreich abschließen konnten.

Das zentrale Schiedsgericht fällte den Schiedsspruch über die Tariflohnerhöhungen einstimmig. Damit ist die Entscheidung verbindlich und bedarf nicht mehr der Zustimmung der Tarifkommissionen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Generalstreik gegen Präsident Ajub Khan

Eigener Bericht

Karatschi, 14. Februar

In Pakistan begann heute ein 24stündiger Generalstreik gegen das Regime Ajub Khan. Die Opposition hatte zum Ausstand aufgerufen. Der Streik wird den Verkehr, die Wirtschaft und die Nachrichtenverbindungen des Landes lahmlegen.

Was meinte Brandt mit „Koalition der Reformer"?

SPD: Universität nicht Exerzierplatz der Revolte

Von unserer Bonner Redaktion
w.st. **Bonn, 14. Februar**

Rätselraten hat in Bonn eine Äußerung Willy Brandts ausgelöst. Bei den Beratungen der Spitzengremien seiner Partei über die Unruhen an den Hochschulen sagte Brandt, es komme darauf an, der „heimlichen Koalition" zwischen rückschrittlichen reformfeindlichen Kräften und radikalen reformfeindlichen Kräften eine „Koalition der Reformer" gegenüberzustellen.

In Bonn fragt man sich, ob dies nur eine rhetorische Redewendung war oder ob der SPD-Vorsitzende damit eine Abkehr von dem bisherigen Regierungsbündnis mit der CDU/CSU oder Teilen von ihr gemeint habe.

Brandt erklärte weiter, die demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik müßten entschlossen gegen terroristische und gewalttätige Übergriffe verteidigt werden. Dabei komme es mehr darauf an, die bestehenden Gesetze entschlossen und überlegt anzuwenden, als neue Gesetze zu schaffen.

Die SPD werde nicht dulden, daß ihr Name mißbraucht wird. „Wenn Gruppen, die sich des Namens ‚sozialdemokratisch' bedienen, antidemokratische, anarchistische und terroristische Positionen beziehen, dann muß der Trennungsstrich rasch und deutlich gezogen werden."

Bundesjustizminister Heinemann beschäftigte sich mit der „Justizkampagne" des SDS. Im Gegensatz zu Brandt befürwortet er eine Änderung bestehender und die Einführung neuer Gesetze. Nach seiner Meinung müßten noch in dieser Legislaturperiode die strafrechtlichen Bestimmungen über „Auflauf" und „Hausfriedensbruch" den heutigen Notwendigkeiten angepaßt werden. Zu prüfen sei auch, ob nicht ein neuer Tatbestand der „Richternötigung" eingeführt und um die Gerichte Bannmeilen errichtet werden sollten.

In einer Resolution stellt die SPD fest: „Die Freiheit des Lehrens und des Lernens muß an allen Hochschulen garantiert werden. Die Universität darf nicht zum Exerzierplatz der Revolte werden."

Hamburger Demonstrant nach Karlsruhe gebracht

Eigener Bericht

suw. **Karlsruhe**, 14. Februar

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe befaßt sich zum erstenmal mit dem Fall eines Demonstranten. Der 28jährige kaufmännische Angestellte Günther Schmiedel wurde zur Vernehmung nach Karlsruhe gebracht.

Schmiedel gilt als Anführer von mehreren hundert Demonstranten, die in der Nacht zum 1. Februar durch Hamburgs Innenstadt zogen. Fensterscheiben mit Steinen einwarfen und vier Streifenwagen der Polizei beschädigten. Am 4. Februar war in Hamburg Haftbefehl gegen ihn erlassen worden.

Bundesanwalt Kaul erklärte heute früh dem Hamburger Abendblatt, es entspreche den Gepflogenheiten der Bundesanwaltschaft, Inhaftierte, die irgendwo in der Bundesrepublik festgenommen worden seien, „aus vielleicht mehrfachem Anlaß vorübergehend zu uns herunterkommen zu lassen". Näheres könne und wolle die Bundesanwaltschaft nicht bekanntgeben.

Wehrdienstzeit wird nicht verkürzt

Von unserer Bonner Redaktion
wst. **Bonn**, 14. Februar

Die Wehrdienstzeit wird vorerst nicht verkürzt. Ein FDP-Antrag, die Dauer des Grundwehrdienstes von 18 auf zwölf Monate zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien vom Verteidigungsausschuß abgelehnt.

Bestürzung in Indien

Associated Press - upi

Neu Delhi, 14. Februar

In ganz Indien hat der überwältigende Sieg der Kommunisten bei den Wahlen in Westbengalen Bestürzung ausgelöst. Die „Vereinigte Front" der Linksparteien, in denen die peking-treuen Kommunisten dominieren, errang 210 der 280 Sitze des Landesparlaments. Die regierende Kongreß-Partei erreichte nur einen kleinen Anteil von 55 Mandaten.

Mit dem Überraschungssieg sicherten sich die Kommunisten einen reichen Unionsstaat. Westbengalen hat den größten indischen Schwerindustriekomplex und den größten indischen Hafen. Zwei von insgesamt 17 Unionsstaaten werden nun mit kommunistischer Mehrheit regiert.

Ungeachtet der Wahlniederlage, bildete Ministerpräsident Indira Gandhi ihr Kabinett um. Sie übergab das seit September 1967 von ihr selbst geführte Außenministerium an den bisherigen Handelsminister Dinesh Singh (43).

Die Zahl der Todesopfer bei den schweren Unruhen in Bombay ist auf 51 gestiegen. Nach Angaben der Polizei lassen die Unruhen inzwischen nach.

Indira Gandhi

Neuer Außenminister: Dinesh Singh

BUNTE WELT

Neuer Job für Johnson

Der frühere US-Präsident Johnson ist in die Mayo-Stiftung als formelles Mitglied des Kuratoriums berufen worden.

Polizei bei Prinzessin

Die spanische Polizei durchsuchte in Madrid das Privatsekretariat von Prinzessin Irene der Niederlande, der Ehefrau des von der spanischen Regierung ausgewiesenen Prinzen Carlos Hugo.

Erfolgreiche Sendung

Einen Reinerlös von fast 300 000 DM hat die Sendung „Vergißmeinnicht" des Zweiten Deutschen Fernsehens am 16. Januar eingebracht.

Lenin-Denkmal verboten

Weil das Andenken Lenins verunglimpft würde, protestierte die sowjetische Botschaft in Helsinki gegen das Aufstellen eines Standbildes von Lenin für die Dreharbeiten eines neuen amerikanischen Spionagefilms.

Katholiken wählen

Im Bistum Osnabrück, zu dem die Länder Bremen und Schleswig-Holstein sowie Teile Hamburgs und Niedersachsens gehören, sollen am Sonntag zum ersten Mal Vertreter für die Pfarrgemeinderäte gewählt werden.

Nixon-Vortrupp

Eine US-Kommission, die die bevorstehende Europa-Reise Präsident Nixons vorbereitet, traf aus Bonn kommend in West-Berlin ein.

Lübke legte Grundstein

Bundespräsident Lübke legte am letzten Tag seines offiziellen Besuches in der Republik Niger in

Lübke und Hamani Diori, Präsident von Niger

der Hauptstadt Niamey den Grundstein für ein „Heinrich-Barth-Haus".

Palachs Mutter dankt

In einem in allen Prager Zeitungen veröffentlichten Brief bedankt sich die Mutter von Jan Palach für die Sympathiebeweise und bittet ihre Landsleute, „für die hohen Ideale der Humanität zu kämpfen".

Abschiedsbesuch

Die erste Frau, die als Botschafterin der Bundesrepublik in das Ausland entsandt wird, Frau Elinor von Puttkammer (58), wurde von Bundeskanzler Kiesinger zum Abschiedsbesuch empfangen.

Keine Anhaltspunkte

Nach Ansicht der Bundesregierung gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß die griechische Regierung „Schlägergruppen" in der Bundesrepublik einsetzt, um Gastarbeiter zu terrorisieren.

Borman in Italien

„Apollo"-Kommandant Borman traf in Rom ein, wo er von Staatspräsident Saragat im Quirinal-Palast empfangen wurde.

Anzeige

HOLZ
Andresen & Jochimsen
HH-Eidelstedt, Kronsaalsweg 21

Anzeige

backe besser mit Gloria Mehl

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5. Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898, Berliner Redaktion: Kodetr. 50, Tel. 191147?, Bonner Red.: An der Heusallee 2—10, Haus VII, Tel. 2 61 81, Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 234034. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 32,3 Pf. Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 27,6 Pf. Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 33,9 Pf. Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postverteilungsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264. Amt. Hamburg 1 4200.

Telefon 34 91 91

Wir haben Sorgen!

Unser überfülltes Zollaufschublager des Groß- und Einzelhandels erwartet dringend Ihren Besuch. Uns steht nicht genügend Lagerfläche zur Verfügung, um die Ware, die zweimal wöchentlich eintrifft, aufzunehmen!

Wir verschleudern nicht – das werden Sie auch nicht glauben –, aber vergleichen Sie mal . . . dann kommt es dem ziemlich nahe.

Bei der Finanzierung sind wir sehr großzügig!

	Alter Preis DM	Jetzt DM
Teppich (Sarough) 310×216 cm	1850,—	950,—
Teppich (Täbriz) 285×385 cm	3200,—	1650,—
Teppich (Kirman) 365×250 cm	4200,—	2450,—
Läufer (Khamseh) 310×100 cm	450,—	295,—
Läuf. (Hosseinab.) 290× 75 cm	365,—	240,—
Läufer (Gharadje) 171× 67 cm	210,—	145,—

	Alter Preis DM	Jetzt
100 Brücken (Zaronim) 150×100 cm	ab 250,—	ab 145,—
100 Brücken (Sarough) 200×130 cm	ab 770,—	ab 350,—
Brücke (Engelass) 200×100 cm	320,—	190,—
Brücke (Meschkin) 205×125 cm	430,—	225,—
Gefüllte Leder-Sitzkissen aus Ägypten (Leder 1 mm stark, Golddruck)	89,—	35,—

WIR FÜHREN NUR GUTE UND ERSTKLASSIGE QUALITÄT

HAMBURGER ZOLLAUFSCHUBLAGER
Kharazi
Orientteppich-Import
2 HH 6, Schulterblatt 115 / Ruf: 43 72 11